Trump schickt Nationalgarde nach Los Angeles – Proteste eskalieren!

Massive Proteste in Los Angeles gegen Trumps Migrationspolitik: 2.000 Nationalgardisten werden entsandt, Gewaltsamkeiten folgen.

Los Angeles, Kalifornien, USA - In Los Angeles brodelt es! Massive Proteste gegen die Bundesbehörden und ihre hartnäckige Migrationspolitik halten die Stadt in Atem. Auslöser waren die Razzien von vermummten und bewaffneten Beamten, die in den letzten Tagen zahlreiche Migranten festnahmen. US-Präsident Donald Trump hat darauf reagiert und die Entsendung von 2.000 Nationalgardisten angeordnet, um der „Gesetzlosigkeit“ entgegenzutreten. Trumps Sprecherin Karoline Leavitt macht die demokratische Führung in Los Angeles und Kalifornien verantwortlich für die Situation, die sie als „inkompetent“ bezeichnet.

Die Proteste, die in den letzten Tagen ihren Höhepunkt erreicht

haben, sind nicht einfach nur ein Fingerzeig auf das Vorgehen der Bundesbehörden. Die Demonstrierenden fordern vehement die sofortige Freilassung der festgenommenen Migranten. Gewalt war nicht ausgeblieben. Gewaltsame Zusammenstöße zwischen Bundespolizisten und Demonstranten setzten am Freitag und Samstag ein – Federführend hierbei war der Einsatz von Blendgranaten und Tränengas, um die Menschenmenge auseinanderzutreiben.

Ein angespanntes Verhältnis zwischen Bund und Elaine

Kaliforniens Gouverneur Gavin Newsom hat öffentlich gewarnt, dass die Bundesregierung plant, dem Bundesstaat die Kontrolle über die Nationalgarde zu entziehen. Dies wäre eine signifikante Eskalation der bereits angespannten Situation. Newsom betont, dass die Behörden in Los Angeles keinen Bedarf für den Einsatz von Nationalgardisten sehen, was die politischen Spannungen weiter anheizt.

Präsident Trump, der sich nicht scheut, eine scharfe Rhetorik an den Tag zu legen, kritisierte auch die Bürgermeisterin von Los Angeles, Karen Bass, und vergab ihr den spöttischen Spitznamen „Newscum“. Er kündigte an, dass die Bundesregierung nicht zögern werde, gegen „Ausschreitungen und Plünderer“ vorzugehen. Diese Aussagen stehen im Kontext seiner Migrationspolitik, die auf Massenabschiebungen abzielt und während seiner Wahlkampfzeit durch rassistische und menschenverachtende Parolen geprägt war.

Eine eskalierende Situation

Die Vorfälle in Los Angeles sind Teil einer breiteren Diskussion über die Migrationspolitik in den USA. Die aktuelle Bundesregierung hat auch Klage gegen den Staat New York eingereicht, um der dortigen Politik, die als Untergrabung ihrer Migrationsstrategien betrachtet wird, entgegenzuwirken. Solche

rechtlichen Schritte verdeutlichen, wie ernsthaft Trump die Kontrolle über Einwanderungsthemen anpackt und wie viel Aufruhr diese Politik im ganzen Land auslöst. Weitere Einzelheiten zu dieser Klage sind auf **Spiegel** zu finden.

Was kommt als Nächstes in Los Angeles? Die Situation bleibt angespannt, und die Bürger sind besorgt darüber, wie weit die nationalen und lokalen Behörden bei der Bekämpfung von Protesten und der Handhabung von Migranten gehen werden. Es bleibt abzuwarten, ob die Nationalgarde tatsächlich benötigt wird oder ob Gouverneur Newsom und die Stadtverwaltung andere Wege finden, um den Frieden zu wahren.

Details	
Ort	Los Angeles, Kalifornien, USA
Quellen	• **www.tt.com** • **www.zeit.de** • **www.spiegel.de**

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.at